



afrobeat

Die Mörder sind unter uns

Frankreich beginnt endlich mit der Aufarbeitung seiner Kolonialvergangenheit und der Verbrechen in Algerien. Darin stecken auch Lehren für Deutschland

Ali Boumendjel starb am 23. März 1957, als ein französischer Soldat ihn aus dem Fenster warf. Der Rechtsexperte der algerischen Befreiungsbewegung FLN (Nationale Befreiungsfront) war 43 Tage vorher festgenommen worden, einer von vielen Verschwundenen der berüchtigten „Schlacht von Algier“, mit der Frankreichs Kolonialarmee damals den Unabhängigkeitskampf Algeriens brechen wollte. Unter dem Kommando des französischen Militärgeheimdienstoffiziers Paul Aussarresses wurde Boumendjel verhört und gefoltert, bis man ihn nicht mehr brauchte und Aussarresses ihn aus dem sechsten Stock warf. Offiziell hieß es, er habe Selbstmord begangen.

Erst am 3. März 2021 hat Frankreich offiziell die Wahrheit darüber gesagt. Präsident Emmanuel Macron empfing vier Enkel Boumendjels im Élysée-Palast und gestand, die französische Armee habe ihren Großvater „gefoltert und ermordet“.

1,5 Millionen junge Franzosen waren als Soldaten im Algerienkrieg im Einsatz. Keiner wurde je angeklagt

Eine Heldentat war dieses Geständnis nicht. Aussarresses persönlich hatte zwanzig Jahre vorher, als er seine Memoiren veröffentlichte, den Mord an Boumendjel und anderen im Detail beschrieben. Das offizielle Frankreich war entsetzt, doch nichts geschah. Boumendjels Witwe starb 2020 ohne Anerkennung dieses Verbrechens durch den französischen Staat.

Aussarresses' Memoiren sind die Erinnerungen eines Massenmörders. Jede Nacht zogen seine Leute in Algier los und sammelten Verdächtige ein, um sie zu verhören. Folter durch Schläge, Stromstöße und Ertränken war „toleriert, wenn nicht empfohlen“, bis hinauf zum zuständigen Minister François Mitterrand. Hinterher konnte man die Befragten weder gehen lassen noch sie der Justiz übergeben – „es waren zu viele“. Daher „gehörten summarische Hinrichtungen zum Ordnungshüten [...]“. Die FLN musste offensichtlich liquidiert werden und nur die Armee hatte die Mittel dafür. Das war so klar, dass es nicht nötig war, entsprechende Befehle zu erteilen. Niemand hat mich je offen gebeten, jemanden hinzurichten. Es verstand sich von selbst.“

Diese französische Methode der Aufstandsbekämpfung, bei der man ganze Bevölkerungsgruppen als Verdächtige behandelt, machte später weltweit Schule, von Lateinamerika bis Ruanda vor dem Völkermord. Die Kontinuität zwischen NS- und Kolonialverbrechen ist in Frankreich offenkundig, nicht zuletzt durch Personen wie den braven Beamten Maurice Papon, der während der deutschen Besatzung die Massendeportation französischer Juden organisierte, danach Präfekt in Algerien wurde und 1961 als Polizeipräsident von Paris algerische Demonstranten massakrierte. „Nach Vichy, Algerien“ betitelte die französische Zeitung *Le Monde* ihr Editorial zur Aussarresses-Beyichte 2001.

Zwanzig Jahre später bleibt der algerische Unabhängigkeitskrieg von 1954 bis 1961 mit seinen Hunderttausenden Toten unbewältigt. 1,5 Millionen junge Franzosen waren in diesen sieben Jahren als Soldaten im Algerienkrieg im Einsatz. Keiner ist je angeklagt oder verurteilt worden. Ein neuer Untersuchungsbericht des französischen Historikers Benjamin Stora listet Kollektivverbrechen auf: „die Zerstörung Hunderte Dörfer und die Einrichtung ‚verbotener Zonen‘, in denen sich kein Algerier bewegen durfte, ohne erschossen zu werden; die Zehntausenden Verschwundenen, deren Familien noch immer nach den Ruhestätten der Leichen fragen; der Einsatz von Napalm; das Legen von Millionen Minen; die Verseuchung der Bewohner der Sahara durch im Jahr 1960 begangene Nukleartests; die Einrichtung von Internierungslagern, in denen Tausende oft ohne Urteil festgehalten wurden“.

Der Algerienkrieg überschattet Frankreichs Politik bis heute. Die Vierte Republik zerfiel, Weltkriegsheld General de Gaulle ergriff die Macht und handelte mit der FLN Algeriens Unabhängigkeit aus. Wütende Kolonialgeneräle versuchten 1961 zu putschen. Aus ihren Reihen, gestärkt von fliehenden weißen Siedlern nach Algeriens Unabhängigkeit, ging die antigauillistische rechts-extreme Front National des Kolonialsoldaten Jean-Marie Le Pen hervor, die heute als Rassemblement National unter Führung seiner Tochter in Meinungsumfragen bei 48 Prozent der Stimmen im Falle einer Stichwahl gegen Emmanuel Macron liegt.

Justizminister Mitterrand, der Folter in Algerien billigte, wurde 1981 Frankreichs erster „linker“ Präsident. Als einer seiner ersten Taten rehabilitierte er die Putschgeneräle von 1961. Auf ihn folgte der Gaullist Jacques Chirac, der 1999 den Algerienkrieg erstmals als „Krieg“ anerkannte – um den gefallenen Franzosen ein Denkmal zu setzen. Sein Nachfolger Nicolas Sarkozy verpflichtete 2005 Frankreichs Schulen per Gesetz, die „positive Rolle der französischen Überseepresenz, insbesondere in Nordafrika“, zu lehren – dieser Passus wurde nach massiver Empörung gestrichen. Erst der Sozialist François Hollande zelebrierte 2016 einen Gedenktag für „alle“ Opfer des Algerienkrieges, aber das ging im islamistischen Terror unter.

Und Macron? Seine Reaktion auf den von ihm in Auftrag gegebenen Stora-Untersuchungsbericht – „Anerkennung ja, Entschuldigung nein“ – ist zwar in Algier übel aufgenommen. Doch Anerkennung wäre besser als Nichtanerkennung, und Storas zentrale Empfehlung – ein „Vertrag über Gedächtnis und Wahrheit“ zwischen Frankreich und Algerien – wäre Vorbild für ein Deutschland, das Kolonialverbrechen immer noch tendenziell unwichtig findet.

Ein deutscher Wahrheitsvertrag mit Namibia? Gemeinsame Forschung mit Historikern aus Tansania oder Kamerun? Es gäbe viel zu tun, damit koloniale Aufarbeitung in Deutschland kein Feuilletonstreit über Museen bleibt, sondern sich den Tätern und ihren Nachfolgern und Nachahmern zuwendet, und damit die Sichtweise der ehemaligen Objekte kolonialer Vernichtung besser wahrgenommen und respektiert wird.



Dominic Johnson ist seit 1990 Afrika-Redakteur der taz und leitet heute zusammen mit Barbara Oertel das Auslandsressort. Seine Kolumne „afrobeat“ erscheint an dieser Stelle seit 2014 etwa alle sechs Wochen.

Christian Rath über das Gesetz gegen Feindeslisten

Es kann auch die Falschen treffen

Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat schnell reagiert und die geplante Strafnorm gegen sogenannte Feindeslisten entschärft. Journalistische Berichterstattung und zivilgesellschaftliche Aufklärung sollen nun doch nicht zu Strafverfolgung führen – auch wenn in anprangernder Form konkrete Namen genannt werden.

Diese Klarstellung ist erfreulich und sollte selbstverständlich sein. Man fragt sich, warum das Ministerium nicht gleich an eine derartige Klausel gedacht hat. Allerdings kann die neue Strafnorm, die eigentlich gegen Rechts-extremisten gedacht war, noch immer auch gegen die Antifa eingesetzt werden. Das liegt zum einen an Teilen der Antifa, die es mehr oder weniger offen billigen, wenn Gewalt gegen Nazis eingesetzt wird. In einem solchen Umfeld kann das Outing von Nazis leicht als verkappte Aufforderung zur Gewaltanwendung interpretiert werden.

Doch auch die Konstruktion der neuen Strafnorm bleibt problematisch, weil sie gar nicht auf die Absichten der Handelnden abstellt. Vielmehr soll es

genügen, wenn die Weitergabe von Namen „geeignet ist“, dass die Betroffenen der Gefahr von schweren Straftaten ausgesetzt werden. Die Absenkung der Strafbarkeitsschwelle soll Beweisschwierigkeiten vermeiden.

Das kann aber auch Folgen für die praktische Arbeit der Antifa haben. Wenn sie etwa einen Nazi-Kader outet, um ihn in der Nachbarschaft, im Sportverein und am Arbeitsplatz unmöglich zu machen, dann kann dies bereits strafbar sein. Es genügt, dass die Justiz dies für „geeignet hält“, auch zu Gewalttaten anzustacheln. Es kann dann auf Details in der Wortwahl ankommen und auf das Fingerspitzengefühl von Staatsanwaltschaft und Gerichten.

Das Beispiel Feindeslisten macht deutlich, wie gefährlich es ist, bei Gesetzen, die auf Rechtsextremisten zielen, die Schwellen der Strafbarkeit so niedrig anzusetzen, dass auch gewaltfreie Linke damit verfolgt werden können. Wer Nazis auch bei Beweisschwierigkeiten verfolgen will, produziert schnell kriminalpolitische Kollateralschäden.

inland 6

Barbara Oertel über neue Festnahmen in Russland

Biegen und Brechen reicht nicht

Nichts als brachiale Gewalt: Gerade einmal 30 Minuten durften sich demokratisch gesinnte Geister am Samstag in Moskau auf ihrem Forum „Kommunales Russland“ austauschen, bevor die Sicherheitskräfte wieder zuschlugen. Dabei erwischte es jede*n, der oder die nicht bei drei auf dem Baum war: gewählte Abgeordnete, Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen und Journalist*innen.

Fast schon müßig zu erwähnen, dass in dem „Rechtsstaat“ à la Wladimir Putin nicht einmal mehr eigene Gesetze gelten bzw. diese nach Belieben angepasst gemacht werden. Versammlungsfreiheit? Presseausweise und -akkreditierungen? Parlamentarische Immunität gewählter Volksvertreter*innen? Von wegen. Mit solchen Nebensächlichkeiten hält sich der russische Staat schon lange nicht mehr auf. Stattdessen steht der Vorwurf im Raum, im Dienste von in Russland „unerwünschten Organisationen“ unterwegs zu sein – wobei deren Strippenzieher*innen häufig im Westen verortet werden.

Offensichtlich steht dem Kreml das Wasser bis zum Hals, zumal die Duma-

wahlen im kommenden September bereits ihre Schatten voraus werfen. Schon aus dem Testlauf auf regionaler Ebene im vergangenen Herbst gingen die registrierten Kandidat*innen etwas lädiert hervor. Seitdem hat die Kremlpartei „Einiges Russland“ weiter an Zustimmung verloren. Genau aus diesem Grund müssen die Machthaber die Wahlkampfstategie der Opposition als bedrohlich empfinden. Denn die könnte erfolgsträchtig sein. „Kluge Abstimmung“ lautet das Motto, was nichts anderes heißt als: egal für wen, solange er/sie nicht Putin unterstützt.

Hinzu kommt, dass die Inhaftierung des Oppositionellen Alexei Nawalny, dessen Aufenthaltsort derzeit unbekannt ist, bislang nicht den gewünschten Effekt gezeigt hat. Die Bewegung derer, die Veränderungen wollen, hat schon längst ein Eigenleben entwickelt. Und so dürfte die Staatsmacht mit ihrem Kurs auf „Biegen und Brechen“ keinesfalls rasch an ihr Ziel kommen. Dafür gibt es auch noch keine Anzeichen. Für den Kreml sind das keine guten Nachrichten.

ausland 10

Nina Apin über die neu aufflammenden „Querdenker“-Proteste

Frust und Hetze

In letzter Zeit war es ruhig geworden um die selbsternannten „Querdenker“, doch am Wochenende marschierten sie wieder. In verschiedenen Städten, von Stuttgart bis Dresden, protestierten sie ein paar Hundert gegen die Coronapolitik der Regierung. Die Slogans klangen gewollt harmlos: „Es reicht!“ oder „Gegen den Coronawahnsinn“ – wer würde dem nach einem Jahr Pandemie nicht zustimmen?

Auch wenn mit Sicherheit aus berechtigtem Coronafrost einige existenzbedrohte Unternehmer:innen oder Kulturschaffende mitliefen, zeigen die Bilder von den Demos doch, dass sich hier nicht der Querschnitt der bundesdeutschen Bevölkerung Luft macht. Nein, hier versuchen die üblichen Verdächtigen vom rechten Rand die Merkel-Regierung zu diskreditieren. Bilder von Demonstrant:innen, die gerne ohne Maske und vereinzelt bewaffnet, Polizist:innen und Medienvertreter:innen attackierten, illustrieren das.

Diese Leute treibt kein aktueller Notstand auf die Straße; die Ausnahme-situation namens Pandemie gibt es seit einem Jahr und auch die Meinungsfrei-

heit ist nicht in Gefahr. Sie sind einfach immer dort zu Stelle, wo es Frust gibt. Mal treten sie offen rechtsradikal auf, mal als besorgte Bürger:innen. Seit 2015 versuchen sie verstärkt, Stimmung gegen Regierung und Verfassung zu machen. Nach der Flüchtlings- ist jetzt die Coronapolitik der Groko ihr neuer Fokus.

Und es gibt hier tatsächlich einigen Grund zum Unmut: Die Impfungen kommen nicht schnell genug voran, einige Berufsgruppen erreichen die Hilfgelder nicht oder zu langsam, die Schließungs- und Lockerungsmaßnahmen wirken zunehmend planlos. Der Glaubwürdigkeitsverlust ist mit den Korruptionsaffären in der Union nahezu komplett. Viele Menschen, die lange hinter der Coronapolitik standen, sind jetzt unzufrieden. Es liegt an den demokratischen Parteien im Bundestag, das Vertrauen in einen funktionierenden Staat wiederherzustellen und die Wut der Bürger:innen dort zu adressieren, wo es nötig ist. Und den Verschwörungs-Rest dort zu lassen, wo er hingehört: am rechten Rand.

inland 6